

## Analyse & Debatte



Die Schweizer Medien konzentrieren ihre Kräfte: Aufgeborllter Vordruck in einer Druckerei. Foto: Christian Beutler (Keystone)

# Die Medienrevolution

Eine hartnäckige Berichterstattung kann bei Misständen die Machtverhältnisse ganz gehörig zum Tanzen bringen. *Von Arthur Rutishauser*

In der Deutschschweizer Medienlandschaft findet zurzeit, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, eine Revolution statt. Zwar verschwinden nach wie vor kaum grosse Zeitungen vom Markt, so wie das in den USA gang und gäbe ist. Doch immer mehr Verlage setzen auf sogenannte Mantelredaktionen, bei denen dieselben Journalisten immer mehr verschiedene Zeitungen bedienen. Statt neuer unabhängiger Redaktionen bei den meinungsbildenden Tageszeitungen wird es bald nur noch fünf geben. Bei Radio und Fernsehen geschieht genau dasselbe. Die wirtschaftliche Realität, vor allem die sinkenden Werbeeinnahmen – in den letzten Jahren hat sich das Werbevolumen halbiert –, zeigt Wirkung.

Bei Tamedia, die auch den «Tages-Anzeiger» herausgibt, werden die bisherigen Mantelredaktionen von «Tages-Anzeiger»-«Bund» und «Berner Zeitung»-Zürcher Regionalzeitungen zu einer verschmolzen. Das heisst, ein grosser Teil der Berichterstattung über Innen- und Aussenpolitik sowie der Wirtschaftsteil stammen von derselben Redaktion. Ähnliches wird verhandelt zwischen Basel und Chur, der Plan dort ist eine sogenannte Mantelredaktion für die «Basler Zeitung» (BaZ) und die «Südostschweiz». Diese Allianz hat zusätzliche Brisanz, weil sie mit Christoph Blocher als sendungsbewusstem Eigentümer der BaZ eine politische Komponente hat.

### Einheitliche Berichterstattung

Hinter verschlossenen Türen finden auch Verhandlungen zwischen den AZ-Medien und dem NZZ-Verlag statt. Das Thema hier: ein Joint Venture der jeweiligen Regionalzeitungen, also des Verbunds rund um die «Luzerner Zeitung», der die ganze Innerschweiz beherrscht, des «St. Gallen Tagblatts», das im Verbund mit der «Thurgauer Zeitung» die Ostschweiz beherrscht, und der AZ-Titel, die praktisch das ganze Mittelland zwischen den Städten Zürich, Bern und Basel bedienen. In einem ersten Schritt wurde die Zusammenarbeit zwischen Luzern und St. Gallen innerhalb des NZZ-Verlags umgesetzt, nun soll es zusammengehen mit dem Verlag von Peter Waner, der seit Jahren ein Mantelsystem betreibt. Ergebnis dieses Produktes wird eine einheitliche Berichterstattung sein von Solothurn bis Kreuzlingen und vom Gotthard bis vor die Tore Basels. Den Gewinn will man sich teilen. Brisant an

diesem Konstrukt ist, dass mit der Hälfte des Gewinns de facto das Flaggschiff NZZ und seine Expansion nach Deutschland subventioniert wird.

Wer glaubt, beim gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen sei dies anders, der täuscht sich. Auch hier werden die ehemals selbstständigen Redaktionen von «10 vor 10», «Tagesschau», «Rundschau» und «Eco» neu aufgestellt und in Kompetenzzentren organisiert. Ziel auch hier: die Schaffung grösserer Einheiten und mehr Effizienz. Die ist nötig, weil sich die staatlich eingezogenen Gebühren nicht mehr erhöhen lassen. Im Gegenteil, wenn die sogenannte No-Billag-Initiative durchkommt, dann verschwindet mindestens ein Teil der SRG und mit ihr ein Teil dieser Sendungen. Aber was heisst das nun für die Gesellschaft? Können die Medien weiterhin ihre Kontrollfunktion wahrnehmen als sogenannte vierte Gewalt in unserer Demokratie? Und worin besteht die überhaupt?

Wer den Begriff der «vierten Gewalt» akzeptiert, der redet in der Regel über jene Macht, die zum Zuge kommt, wenn Exekutive, Legislative und Justiz versagen. Die Medien haben zwar keine eigene Gewalt zur Änderung der Politik, aber durch hartnäckige Berichterstattung können sie die öffentliche Diskussion beeinflussen und die Machtverhältnisse ganz gehörig zum Tanzen bringen. Und in einer direkten Demokratie braucht der Bürger einen Vermittler, der ihn informiert und ihm die unterschiedlichen Standpunkte näherbringt. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas sagte es einmal so: «Wir leben in

## «Wir werden unsere Rechercheteams weiter ausbauen.»



Arthur Rutishauser  
Chefredaktor

**Gastbeitrag** Lydia Trüb über die Liegenschaftspolitik der Zürcher Reformierten.

## Kostenmiete statt Spekulation

Kirchen sind den Gläubigen teuer, weil sie der Ewigkeit des Himmels Raum geben, aber nicht ihres Marktwerts wegen. Teuer sind sie aber auch aufgrund des kostspieligen Unterhalts, der von immer weniger Kirchenmitgliedern getragen werden muss. Die Immobilien bescheren der reformierten Kirche in der Stadt Zürich ein Jahresdefizit von 10 Millionen Franken. Um es zu beseitigen, hat die Kirchenleitung nun die Markt-miete (auch für ungenutzte Kirchgebäude) und damit die Spekulation mit ihren Liegenschaften in ihrem Leitbild festgeschrieben. Dabei gäbe es auch einen anderen Weg – einen sozialeren, der der Kirche angemessener wäre.

Als Vorbild könnte die Stadt Zürich dienen. Ab den 1930er-Jahren kaufte die Stadt aus einem Sonderkredit konsequent Liegenschaften in der Altstadt, vor allem, um sie für Strassenerweiterungsprojekte abzureissen. Die Altstadt sollte sich in ein kleines New York an der Limmat verwandeln. Die zum Abriss vorgesehenen Häuser wurden kaum bewirtschaftet und waren in den 80er-Jahren oft in einem erbärmlichen Zustand. Die Mieteinnahmen flossen einfach in die Stadtkasse. Diesem Topf wurden auch die Ausgaben für die dringendsten Renovationen entnommen. Von den wahren Kosten dieser gekauften Liegenschaften inklusive Rückstellungen für Renovationen hatte die Stadt mangels einer Betriebsbuchhaltung keine präzise Vorstellung.

Als sich die Stadt dann von ihren hochfliegenden Modernisierungs- und Abbruchplänen verabschiedete, stand sie vor einem ähnlichen Problem wie heute die reformierte Kirche: ein riesiger sanierungsbedürftiger Immobilienbestand. Im Gegensatz zur Kirche heute fällt sie aber damals einen Grundsatzentscheid in ganz anderer Richtung. Spekulieren kam für die Stadt nicht infrage. Sie beschloss, diese Liegenschaften zu renovieren und nach dem Grundsatz der Kostenmiete zu bewirtschaften – so wie sie das schon in den von ihr selbst erstellten Wohnsiedlungen tat. Die Kostenmiete brachte erst einmal Aufschläge auf den meist extrem niedrigen Mietzinsen. Es kam zu Protesten. Dennoch führte die Kostenmiete zu Mietzinsen, die deutlich unter der Marktmiete liegen. Die von der Stadt erworbenen Häuser wurden ab den 80er-Jahren intensiv saniert. Steuergelder wurden dafür aber nicht mehr eingesetzt.

### Erfolgsmodell Kostenmiete

Der nach dem Grundsatz der Kostenmiete bewirtschaftete städtische Wohnraum war und ist ein Erfolgsmodell. Die Stadtbevölkerung hat in den letzten drei Jahrzehnten den wohnpolitischen Vorlagen in der Regel mit grossen Mehrheiten zugestimmt. Sie hat den Ausbau des gemeinnützigen und damit den nicht profitorientierten Wohnungsbau in der Gemeindeordnung ebenso verankert wie das Prinzip der Kostenmiete für ihre Fiskalliegenschaften mit deren Wohn- und Gewerberäumen.

Das sich nun ausgerechnet die Leitung der reformierten Kirche der Stadt Zürich durch die Einführung von Marktmieten Gewinn und Rendite erhofft und also als BauspekulantIn auf dem Markt agieren will, könnte eine riesige Fehlspekulation werden. Die Kirchenmitglieder, auch diejenigen, die nicht mehr zur Kirche gehen, sind unter anderem in der Kirche verblieben, weil sie deren soziales Engagement schätzen und ihnen die Kirche aus diesem Grund lieb und teuer geblieben ist.

Und weil sich viele noch immer in der Nachfolge von Jesus sehen. Er hat die Händler aus dem Tempel vertrieben und den Schwachen und Bedürftigen seinen Glanz geschenkt: Die Letzten werden die Ersten sein. Ganz so verlottert wie die damals meist zu Abbruchzwecken erworbenen Fiskalliegenschaften können die Gebäude der reformierten Kirche gar nicht sein.



Lydia Trüb  
Die Historikerin und Autorin war bis 2015 verantwortlich für die Kommunikation der städtischen Liegenschaftsverwaltung, bis 2002 für die Kommunikation des Finanzdepartements der Stadt Zürich.



**Hito Steyerl** Niemand hat mehr Macht im Kunstbetrieb als sie. *Von Paulina Szczesniak*

## Kunst zwischen Fun und Politik

Sie ist also der mächtigste Mensch im Kunstbetrieb – und zwar exakt seit gestern, 00.01 Uhr, seit das britische Kunstmagazin «Art Review» wieder mal seine jährliche «Power 100»-Liste online gestellt hat: Hito Steyerl.

Hito wer?, fragt sich seither alles, denn tatsächlich gehört die 51-jährige Münchnerin mit japanischen Wurzeln zu jener Sorte Kreativer, die zwar dem Kunstnetz ein anerkanntes Nicken abringen, beim Laienpublikum aber unterm Radar durchfliegen. Was eigentlich verblüffend ist, wenn man bedenkt, dass die Frau in den letzten Jahren überall ausgestellt hat, wo das Kunstvolk in Scharen hingilgerte: An der Gigaschau Documenta XII war sie ebenso dabei wie an den Skulptur-Projekten in Münster, wo sie eine Rauminstallation mit dem schönen Titel «HellYeahWeFuckDie» einrichtete. Man sass da auf betonharten Bänken und sah sich Videos an, in denen Roboter von Menschen geplagt wurden. Die Venedig-Biennale hat Steyerl sogar schon 2015 abgehakt – und den deutschen Pavillon in eine Mischung aus Chill-out-Zone und Game-Keller verwandelt.

Das ist visuell so verquer, wie es klingt. Was natürlich gewollt ist und daher rührt, dass die Steyerl sich lustvoll zwischen Film und bildender Kunst, zwischen Fun und Politik, zwischen Manga und Minimal Art treiben lässt, frei nach dem Motto «Nimm von allem ein bisschen, und lege dich bloss nicht fest». Wer will, darf hier die Denkräume der promovierten Philosophin verorten, die seit 2010 Professorin an der Universität der Künste in Berlin ist. Vor allem aber entstehen so bitterböus-lustige Spielweisen für eine Gesellschaft mit der Aufmerksamkeits-spanne eines Pop-ups.

Und es kommt noch dicker. Zeitgenössische Kunst, sagte Steyerl unlängst dem «Guardian», werde da möglich, wo neoliberaleres Kapital, das Internet und eine immer krassere Lohnungleichheit zusammenkämen; Spekulation, Steuerflucht und Geldwäsche spielten auch eine Rolle. Autsch! Bei den «Power 100»-Experten scheint sie damit einen Nerv getroffen zu haben – jedenfalls begründeten sie Steyerls Wahl zur neuen Nummer 1 damit, dass sie aktiv daran arbeite, besagte Verstrickungen aufzulösen.

Und so rangiert nun also erstmals seit Bestehen der «Power 100», also seit 2002, eine kunstschaaffende Person an deren Spitze. Zuvor waren es Galeristen, Sammler, Mäzene (oder, wenns hoch kam, Museumsleute oder Ausstellungsmacher). Die Produktion vorne: Das ist ein Statement. Oder, um es mit den Worten von «Art Review»-Herausgeber Oliver Basciano zu sagen: eine Rückversicherung, dass es neben der Macht des Geldes eben auch die intellektuelle, aktivistische Macht gebe. Und eine feministische obendrein: Mit Hito Steyerl hat nämlich nicht nur der erste Künstler das Treppchen erklommen – sondern auch die erste Frau.

**Ergänzungsleistungen** Der Bundesrat will Bezügem vorschreiben, wie viel von ihrem Ersparten sie ausgeben dürfen. *Von Janine Hosp*

## Wer spart, wird bestraft

Auf Schweizer Sozialstellen gehen regelmässig anonyme Schreiben ein. Absender sind Nachbarn, Bekannte oder Verwandte von Leuten, die Ergänzungsleistungen bekommen, weil ihnen die Rente nicht zum Leben reicht. Der Nachbar, so steht etwa in diesen Schreiben, erhalte Geld vom Staat, obwohl er gerade auf einer Weltreise war. Oder der Bekannte, der Ergänzungsleistungen erhalte, habe sich einen Mercedes gekauft.

Das soll künftig nicht mehr möglich sein, finden der Bundesrat und die zuständigen Kommissionen im Parlament. Bezüger von Ergänzungsleistungen, die ihr Erspartes grosszügig konsumieren und mehr als ein Zehntel davon innerhalb eines Jahres ausgeben, sollen weniger Geld vom Staat bekommen. Das soll auch für all jene gelten, welche die Weltreise schon hinter sich oder den Mercedes bereits gekauft haben, bevor sie Ergänzungsleistungen beantragt haben.

Mit dieser Regelung will der Bundesrat verhindern, dass die Ausgaben für Ergänzungsleistungen weiterhin so stark steigen wie bisher: Beliefen sie sich im Jahr 2000 noch auf 2,3 Milliarden Franken, sind es mittlerweile 4,9 Milliarden, und bleibe der Bundesrat untätig, wären es 2030 bereits 7 Milliarden. Die Kosten sind so stark gestiegen, weil die Schweizerinnen und Schweizer immer älter werden und dadurch die Pflegekosten massiv steigen. Mehr als die Hälfte der 4,9 Milliarden gibt der Staat heute für Heimaufenthalte aus.

### Das Geld würde verprasst statt gespart

Nur: Mit dieser Regelung würde der Bundesrat genau das Gegenteil erreichen – viele Leute legen erst recht kein Geld mehr beiseite. Weshalb auch? Der Nachbar auf Weltreise hat dafür vielleicht über Jahre verzichtet und gespart – während andere das Geld grosszügig ausgegeben haben, in Luxushotels genächtigt, in teuren Restaurants gegessen oder geleaste Mercedes gefahren haben.

Nun aber müssen die Sparsamen damit rechnen, dass der Staat eines Tages die Hand auf ihr Geld legt und ihnen vorschreibt, wie viel sie davon ausgeben dürfen. Und wenn sie es bereits einen Teil davon ausgegeben haben, wird er ihnen die Beiträge kürzen und sie so zwingen, auch ihr restliches Erspartes für die Pflegekos-

ten oder den Lebensunterhalt zu brauchen. Gleichzeitig wird er aber jene, die ihr Geld schon vor längerer Zeit ausgegeben haben, unterstützen. So würden künftig nur noch mehr Bürger «vorsorgen» und ihr Geld frühzeitig verprassen, verspielen oder verschenken. Oder auf einem Schwarzkonto verstecken.

Dabei ist es nicht grundsätzlich schlecht, dass der Staat Vorkehrungen trifft, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Geld nicht mit beiden Händen ausgeben – und er für sie im Alter sorgen muss. So hat die zuständige Ständeratskommission auch beschlossen, dass Erwerbstätige ihr Geld aus der zweiten Säule künftig nur noch als Rente beziehen können. Heute können sie es sich je nach Pensionskasse auch ganz oder teilweise bar ausbezahlen lassen – und es dann verschleudern.

### Alle wüssten es von Anfang an

Anders als beim privaten Vermögen lässt es sich bei jenem aus der zweiten Säule rechtfertigen, wenn der Staat beim Geldausgeben mitreden will: Die Erwerbstätigen müssen die Lohnprozente, die sie in die Pensionskasse einzahlen, weder als Einkommen noch als Vermögen versteuern, und wenn sie es sich heute bar auszahlen lassen, wird es tiefer besteuert als andere Einkünfte. Der Staat verzichtet so wohl auf Steuereinnahmen in der Höhe von Tausenden von Franken pro Person, damit dem späteren Rentner genug Geld zum Leben bleibt. Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn der Staat dafür sorgt, dass das Geld aus der Pensionskasse für den vorgesehenen Zweck verwendet wird.

Der Staat soll Bürgern nicht vorschreiben, wie viel Geld sie ausgeben dürfen, sondern vielmehr dafür besorgt sein, dass alle – so weit es ihnen möglich ist – vorsorgen für den wahrscheinlichen Fall, dass sie einmal pflegebedürftig werden. So könnten zum Beispiel alle über 50-Jährigen jeden Monat 30 Franken in eine Pflegeversicherung einzahlen. Pro Jahr kämen auf diese Weise 1 Milliarde Franken zusammen, die der Staat nicht bezahlen muss, wie Andreas Dummerthut, Chef der Schwyzer Ausgleichskassen, berechnet hat.

Diese Regelung wäre fair: Alle über 50-Jährigen müssten Geld beiseitelegen, und alle wüssten es von Anfang an. Auch die Nachbarn.

**Olivier François** Der Ständerat hat politische Mandate und private Interessen unzulässig vermischt. *Von Philippe Reichen*

## Mit Geld sichert er sich Macht

Aufklärung und Reue wären angebracht. Stattdessen präsentiert der Waadtländer FDP-Ständerat Olivier François eine faule Ausrede und spielt sich gar zu moralischen Instanz auf. Es geht um Geldzahlungen von rund 80 000 Franken, die der Verwaltungsrat der staatlichen Abfallverbrennungsfirma Tridel mit Sitz in Lausanne ein Mitglied Olivier François kurz vor dessen Abgang 2016 als Bonus zugesprochen hat.

Nur: Der Ständerat hat das Mandat als Lausanner Stadtrat ausgeübt, das Geld hätte wohl in die Stadtkasse gehört. Stattdessen floss es zu Vereinen und Stiftungen im Waadtländer Feriendorf Les Diablerets, die François präsidiert oder bei denen er sich als Mitglied engagiert. An denselben Ort liess er schon 2015 rund 30 000 Franken überweisen: das Honorar für ein Expertenmandat, das er nebst seinem Job als Stadtrat erledigte.

Wenn man bedenkt, dass François von Les Diablerets aus seine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Machtbasis bewirtschaftet, wirkt seine Erklärung – «Ich habe nie einen Franken kassiert und die Entschädigung von Tridel zurückgewiesen» – reichlich unverförm. Im Feriendorf steht sein Chalet, dort ist der Sitz seiner Ingenieurberatungsfirma, dort präsidiert er das Alpine Filmfestival, das ihm 2015 beim Ständeratswahlkampf wertvolle Dienste leistete. Das Festival garantiert Medienauftritte und sorgt für Breitenwirkung. Geldzahlungen sichern François Gefolgschaft und Anerkennung.

Nicht zu vergessen: Im Bergdorf haben auch jene Copains ihre Chalets, mit denen François 2016 beim Bundesamt für Verkehr (BAV) das Expertenmandat für den 1 Milliarde Franken teuren Bau der S-Bahn-Linie Neuenburg-La Chaux-de-Fonds betreute – bis die Eidgenössische Finanzkontrolle einschritt und das BAV François wegen eines Interessenkonflikts absetzte.

Das Problem war offensichtlich: François konnte nicht zugleich als Experte ein Projekt entwickeln, dieses später als Präsident der ständerätlichen Verkehrscommission vertreten und dann auch noch im Parlament darüber abstimmen. Als Ingenieur mag der Waadtländer sehr fähig sein. Mit Ethik, Transparenz und Gewaltenteilung aber hat er ein Problem.

### Widmers Woche

